

Halle'sche Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint jeden Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 62 Pfg. inkl. Postgeb. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inserate: Die fünfgespaltenen Petit-Zeile 20 Pfennig. Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 4.

Halle a. S., den 25. Januar 1913.

20. Jahrgang.

Israel auf dem Kriegspfade.

Die judenliberalen Winkelmaschinen bringen pflichtgemäß Telegramme über den Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich. Aber niemals wird das deutsche Volk über die wahren Zustände im Nachbarstaate unterrichtet werden, — weil dabei die Juden ins richtige Licht gestellt werden. Die „Halle'sche Reform“ ist jederzeit dabei, mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge zu halten, so sollen auch unsere Leser erfahren, wie die Dinge in Frankreich stehen.

Der neueste Fall des Oberleutnants du Paty de Clam zeigt, daß das französische Judentum an Geschäftlichkeit und allumfassendem Einfluß nichts eingebüßt hat seit dem Tage, da es dem Welthaute Rothschild gelungen, auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik, auf dem vorher die Aristokratie (Carnot, Felix Faure u.) gesessen, den „Blebejer“ Drouot, den König aller Panamiter und ersten Kaktusbaums zu erheben, dessen würdiger Nachfolger dann Fallières geworden ist. Auch heute spricht in Frankreich das Judentum das letzte, das entscheidende Wort, wie damals, als alle Macht gewissermaßen offiziell in die Hände des regierenden Dreifußhändlers gelegt war. Man sehe sich den neuesten Fall du Paty de Clam nur in seiner Entwicklung an.

Das „Journal officiel“ veröffentlichte am vergangenen Freitag eine Anzahl von Dekreten des Kriegsministers, wodurch offiziell die sich bereits in Ruhestand befindenden Offiziere mit ihrem Grade wieder in die Landwehr eingestellt worden sind, um als Verwaltungsoffiziere im Eisenbahndienst für die Vorbereitung der Mobilmachung Verwendung zu finden. Unter diesen Offizieren ist auch der Oberleutnant du Paty de Clam. Da es mehrere Offiziere der nämlichen Familie gibt, so wußte man im ersten Augenblick nicht, daß es sich bei dieser Rehabilitation um jenen Offizier handelte, der im Dreifußprozeß in der Rolle des Staatsanwaltes gegen den Kapitän Dreifuß auftrat. Im Laufe des Samstags stellte es sich jedoch heraus, daß es sich wirklich um den du Paty de Clam handelt, der die Vorunteruchung gegen Dreifuß geführt hatte und der schließlich nach Rehabilitierung des Hauptmannes Dreifuß selbst in den Ruhestand versetzt worden war. In der Juden-Welt machte sich sofort eine lebhaftere Erregung geltend, obgleich es sich herausstellte, daß Willérand die Maßregel ergriffen hatte, ohne vorher den Ministerrat davon unterrichtet zu haben.

Der Ministerpräsident Poincaré erklärte den Abgeordneten und den Journalisten, die ihn deshalb befragten, daß er selbst die Angelegenheit erst im Laufe des Tages erfahren habe und daß jedenfalls der Kriegsminister allein dafür verantwortlich ist. Im Kriegsministerium wurde sodann im Laufe des Abends über den Vorgang eine lange Erklärung mitgeteilt, aus der sich ergibt, daß im Augenblick der deutsch-französischen Spannung im Sommer 1911 eine größere Anzahl in den Ruhestand verleiteter Offiziere ihre Dienste für den Mobilisationsfall angeboten haben und daß der damalige Kriegsminister Messimy sich nicht für berechtigt hielt, derartige Angebote abzulehnen. Unter diesen Offizieren befand sich auch du Paty de Clam. Messimy ließ ihn darauf aufmerksam machen, daß der von du Paty de Clam gegen seine Verletzung in den Ruhestand erhobene Reklams noch in der Schwebe sei und daß er nur wieder eingestellt werden könne, wenn er seinen Reklams zurückziehe. Das sei geschehen und nach Erledigung verschiedener Formfragen sei du Paty de Clam als Landwehroffizier wieder eingestellt worden, weil der Kriegsminister Willérand sich nicht für berechtigt gehalten habe, seinen Vorgänger Messimy zu desavouieren.

Kriegsminister Willérand ist also das Opfer geworden der Rache Israels, die sich nicht beschränkt auf die wackeren Patrioten, welche in der Dreifuß-Affäre ihre Pflicht getan, sondern auch übergreift auf jene, die heute nach befristeter 10 Jahren sich nicht willenlos in den Dienst dieser alttestamentlichen Verfolgungssucht stellen. Was liegt den Juden auch daran, daß in der Not das Vaterland Männer braucht und daß es gezwungen ist, solche zu nehmen, wo es sie findet! Was liegt ihnen an Schicksal Frankreichs, wo Israels „gloire“ in Betracht kommt! Es wiederholt sich heute im kleinen das unwürdige Schauspiel, das vor einem Dutzend Jahren die regierende Judenbande von Rothschild's Gnaden geboten, als Frankreich mit dem Einlage seiner Erbkönig dafür büßen mußte, daß unbedachte, französische Richter es gewagt hatten, einen Juden, von dessen Schuld sie überzeugt waren, wegen Landes- und Hochverrats genau so zu verurteilen, wie wenn er ein Christ gewesen wäre.

Damals, während stündlich der Kriegsjunkte aus Ostasien nach Europa herüberzogen konnte, hat die Regierung des Oberjuden Waldeck-Roussieu, der nur wieder das ausübende Werkzeug Rothschild's war, in ihrem Uebermut gegen die Gegner Dreifuß' in einer Weise gehandelt, daß darob jeder ehrliche Soldat, jeder ehrliche Mann einpaß angefaßt war. General Gallifet, der früher den Juden möglichst entgegengekommen war, bekam diese Schandwirtschaft so satt, daß er in offener Kammerstimmung voller Verachtung seine Demission als Kriegsminister gab. Der Generalstaabschef Delanne trat ebenfalls von seinem Posten zurück, weil der Ministerpräsident Waldeck-Roussieu ganz gegenwärtig die Verjudung des Generalstabs verurteilte. Item schied der Generallieutenant Jamont aus dem gleichen Grunde, nämlich aus Ekel vor dem Gebahren der regierenden Judenbande aus der Armee aus, nachdem zuvor schon Regnier, Boisdeffre usw. aus dem Heere herausgetrieben oder, wie Bellier und Zurlinden, in die Provinz verbannt worden waren. Die schlichte Verabschiedung wie bei dem Oberleutnant du Paty de Clam hatte man bei den Herren Gallifet, Delanne, Jamont u. dem doch nicht wegen können! Und als Ersatz rückten an die Stelle dieser anerkannt tüchtigen Männer, die der Stolz der französischen Soldaten waren, unfähige Patronen, Dummköpfe, logen, Koillongeneale, die sich aber dafür des Vorzuges der Vieblinge geiler Pariser Judenweiber rühmen konnten.

Für den beherrschenden Einfluß des internationalen Judentums ist es bezeichnend, daß während der Dreifuß-Campagne die reichsdeutsche Presse mit wenigen Ausnahmen und mit ihr das blingläubige deutsche „Volk“ mit einem Interesse, das wohl einer besseren Sache würdig gewesen wäre, für den jüdischen Teufels-Tanzplan Partei nahm. Das jüdische Preshpöckel hatte es verstanden, in Deutschland die Nationalisten, die schärfsten Gegner des jüdischen Schandregiments, als unverföhnliche Gegner eines besseren Verhältnisses mit Deutschland hinzustellen, während doch gerade die vornehmen Familien Frankreichs, also die Nationalisten zuerst eingewanderten deutschen Juden, die durch einen erkünstelten französischen „Patriotismus“ diesen ihren „Geburtsfehler“ vergessen machen und durch recht lautes Geschimpf über Deutschland den französischen „Geburtsadel“ ersetzen wollen.

Halle.

Was dem Volke verschwiegen wird!

Wer eine Tageszeitung liest, glaubt über alles Wichtige in der Welt unterrichtet zu sein; und doch gibt es gewisse Vorgänge sehr ernster Art, gibt es wissenschaftliche Fortschritte und neue soziale Einsichten, die in dem größten Teile der öffentlichen Presse grundsätzlich totgeschwiegen werden. Warum? Weil sie gewissen herrschenden Klassen, die das öffentliche Leben gerabezu bevormunden, unbequem sind. Wer auch das erfahren will,

was man in anderen Blättern nicht erfährt,

der lese die „Halle'sche Reform“, die — unabhängig nach oben und unten — frei von jeder armfertigen Parteienbindung — überall der Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit das Wort redet. Viele nennen unbedeutlich die „Reform“

das interessanteste Blatt unserer Zeit,

weil es freimütig alle Schäden und Mißstände aufdeckt.

Der Reform-Verlag
C. Schröder, Halle a. S.

Aufruf an unsere Mitbürger!

Der deutsche Reich, namentlich in Halle a. S., läßt sich durch die judenliberalen Winkelmaschinen in einer Weise treibhaftig gegen das Judentum machen, jedoch man daran zweifeln möchte, ob dem Wädel noch einmal die Augen aufgehen werden. Wädel fürchtet sich vor Juda, er fügt sich deren Anweisungen, und so verdammt er immer mehr, er ist bereits charakterlos und denkfaul geworden und Juda triumphiert. Diese Judenmacht hat uns bisher nicht abgehalten, die Juden von der richtigen Seite zu kennzeichnen, und daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, bekräftigt uns die große Anzahl Reformnassauer.

Es gibt erklecklicherweise noch Männer, die es wagen, die Wahrheit offen auszusprechen. Wir nennen heute nur den Reichstagsabgeordneten Dr. Werner-Gießen, der in der Sitzung vom 15. Januar er die jüdische Presse beleuchtete und über die vorgelegten Resolutionen der Wittsch. Vgg. ausführte:

Wir ersuchen den Reichstanzler, darauf hinzuwirken, daß die

gewerbliche Schaustellung von Angehörigen fremder Nationen in Zukunft durchweg verboten werde. Bei der Abstimmung über die Mißlinge in unseren Kolonien hat sich innerhalb der nationalliberalen Fraktion ein erfreuliches Verständnis für die Notwendigkeit der Rassenreinheit gezeigt, und ich darf deshalb annehmen, daß sie dieser unserer Resolution zustimmen werden. Wir verlangen weiter, daß durch Gesetz festgelegt wird, daß die Verwendung nichtdeutscher Geschäftsbearbeitungen nur in genügend begründeten Ausnahmefällen gestattet wird. Wir können in der Beziehung sehr viel von den Tirolern lernen, wo sich alle Geschäftsteile bemühen, sich bei ihren Firmenschildern nur der deutschen Sprache zu bedienen. In Rumänien und Italien ist auf die Verwendung einer nicht in

der Bundesprache abgefaßten Firmeninschrift eine kleine Steuer gelegt. Es liegt im Interesse des erwachenden deutschen Bewußtseins, daß auch diese unsere Resolution zur Annahme gelangt.

Eine weitere Resolution von uns betrifft die fortgesetzt im Steigen begriffene Naturverschwendung durch Plakate und Breitereklame, die unbedingt verboten werden sollte. Ich möchte den Reichstag bitten, auch dieser Resolution zuzustimmen. Etwas mehr Fürsorge sollte dem römisch-germanischen Museum in Mainz zugewandt werden, das den Zweck hat, den Entwicklungsgang unserer älteren deutschen Kultur zu veranschaulichen. Vergangenes Jahr haben wir eine Uebersetzung der jüdischen Religionsbücher angeregt. Es ist heute sozial die Rede von Jesuiten. Man hält ihnen vor, was einer vor Jahren einmal gesagt hat. Das ist ganz recht. Aber dann muß auch einmal amtlich festgestellt werden,

was in den jüdischen Religionsvorschriften enthalten ist. Darin wird sich manches finden, das sich nicht mit der christlichen Weltanschauung decken kann. Die jüdischen Gelehrten und selbst Rabbiner beschäftigen sich nach ihrem eigenen Gefährdnis mit tabulalstischen Forschungen.

Ich komme nun auf wirtschaftliche Fragen. Die Notwendigkeit eines Schutzes der Landwirtschaft ist oft schon betont worden. Die innere Kolonisation ist äußerst wichtig. Die fortgeschrittene Völkerverkehr hat das Interesse des Großkapitals und der Großbanken, für den Bauernstand hat sie nur Verprechungen. Dagegen tritt sie für den Abbau der Hölle ein, die Aufhebung des Fleischbeschaugesetzes und andere Forderungen, die dem Bauernstand schaden müssen. Wir sind nicht absolut Gegner des Großgrundbesitzes, aber wir wünschen keine Vernehrung der Fideikommissie, vielmehr eine Vernehrung der Bauernstellen. Damit treiben wir nationale Politik. Das ist bereits durch die Arbeiten der Aufsehlungskommission festgestellt. Ein bäuerliches Anwesen liefert besseren Ertrag als der Großgrundbesitz. Der Maiszoll kommt für unseren Bauern garnicht in Betracht.

Man lege einen Bauern auf den Tisch des Ganzen nieder

der sein Vieh mit Mais füttert. (Schallende Heiterkeit).

Die Beunruhigung wird in den Mittelstand nur durch die Politik der Freimünnigen getragen. Wir wollen gar kein Ausnahmegesetz gegen das Großkapital, aber es soll nicht in dieser Weise begünstigt werden. Von hoher Stelle wird das Recht des Mittelstandes mit Füßen getreten. Kapstein kann dieser hohen Stelle trönen. Kempinski bezieht von hoher Stelle Rabiner Kacheln, Wertheim ist der Verkauf dieser Kacheln übertragen, und die Spionage in der Fasanenstraße kann sich hohen Besuches rühmen. Ich bedauere das im Namen des deutschen Vaterlandes und des deutschen Volkes, das uns einen Bismarck und einen Beppelein geschenkt hat.

Präsident Dr. Kaempfer:

Die Äußerungen, daß von hoher Stelle die Interessen des Mittelstandes mit Füßen getreten werden, ist beratend, daß ich sie nicht scharf genug rügen kann.

Abg. Werner (fortfahrend):

Dann die Warenhäuser mit ihren Rauschwaren und ihren schlechten Geschäftsgewohnheiten. — Sie sollten unter dem Gesetz des unlauteren Wettbewerbes einfach verboten werden. Leider beteiligen sich an solchen Geschäften mit ihren grünen, weißen und blauen Wochens und sonstigem Schwindel auch Angehörige des Adels. Namen wie Fürst Donnersmarck und Fürstberg sind in solchen nicht einwandfreien Geschäften beteiligt. Der Hanjabund und die ihn stützenden Banken sind verantwortlich für die Kaffeevalorisation des Staates Sao Paulo. Denn die deutschen Banken sind es gewesen, die es diesem Staate ermöglicht haben, die Preise des Kaffees künstlich zu erhöhen. In unserem wirtschaftlichen Leben wird es erst wieder besser werden, wenn der Gedanke des großen Befähigungsnachweises durchgeführt ist. (Lachen links.) Lachen Sie nur, das wird Ihnen beigezählt werden. Gegen die Konkurrenz der ausländischen Ärzte sollte auch einmal Front gemacht werden. Auch unter der Rechtsanwaltschaft ist ein übles

Aureischerum

eingegriffen. Nicht gleichgültig sollte die Regierung an der Art der Tätigkeit der sozialdemokratischen Konsumvereine vorübergehen, die nur eine Waffe in der Hand des Proletariats sind. Der freimünnige Abg. v. Bayer hat sich einmal mit scharfen Worten gegen die Sensationspresse gewandt. Dabei fehlte nur der Name dieser Presse. Das „Berliner Tageblatt“ und die „Ullstein-Presse“ sind es, die jedes deutsche und christliche Empfinden verhöhnen. Wir müssen eine reichsgesetzliche Regelung dieser Materie haben. Gegen das Ueberhandnehmen der Ausländer an unseren deutschen Hochschulen muß endlich etwas geschehen. Wir brauchen nicht nur einen Grenzschutz für Tiere, sondern auch für den

deutschen Menschen. Notwendig ist ein reichsgesetzliches Verbot des Schächtenes.

90 Prozent der Schlachthofsträße haben sich gegen das Schächten ausgesprochen. Das betäubungslose Schächten ist ein Flecken auf unserer Kultur. Auch wir mißbilligen die Ausführungen Wetterles aufs schärfste. Das tun auch seine eigenen Parteigenossen. Man sollte ihm mit einem Donnerwetter auf den Kopf kommen. Die Volkspartei hat bei den Handelsverträgen die Interessen des Auslandes vertreten. (Unruhe. — Präsident Dr. Kaempfer ruft den Redner zur Ordnung.) Die Sozialdemokraten haben kein soziales Verständnis für die Bedürfnisse der Arbeiter. Die Aufhebung der Hölle auf Fleisch bedeutet die Vernichtung des deutschen Bauernstandes. Durch willkürlich vom Zaune gebrochene Streits werden die Handwerker und der Mittelstand ruiniert. Das Ausland hat den Vorteil. Die deutschen Arbeiter müssen hungern.

Wie famos muß der Abgeordnete Werner den Lebensnerv Judas berührt haben, daß sich das „B. L.“ so schön darüber aufregt. Wäre das nicht der Fall gewesen, so hätte er gut die doppelte und dreifache Zeit reden können, ohne daß das Blatt in der Jerusalemstraße — toschweigen ist ihm längst Ehrenache! — auch nur ein Wort darüber verloren hätte. Gerade aber der Tadel ist hier ein hohes, nicht zu vernennendes Lob des gebietigen Inhalts der Werner-Rede.

Wer nun noch nicht klar ist

über die Bestrebungen der Antisemiten, dem führen wir noch vor Augen:

Der „Rote Adler“ im Warenhaus.

Die auffällige Tatsache, daß der Inhaber des Warenhauses Tieß in Köln durch Verleihung des Roten Adlerordens ausgezeichnet worden ist, hat in weiten Kreisen berechtigtes Aufsehen gemacht. Inzwischen ist aus Anlaß des Ordensfestes auch einer der Inhaber des Berliner Warenhauses A. Wertheim, Herr Georg Wertheim, mit dem Roten Adlerorden bedacht worden. Nach allem was vorausgegangen ist, der Besuch des Kaisers und der Kaiserin und ähnliches bei A. Wertheim, ist diese toskalische Auszeichnung nicht mehr verwunderlich.

Zu der Anzeichnung des Herrn Tieß in Köln schreibt uns ein Freund, der die Interna des Köhner Warenhausbesizers kennt, folgendes:

Vor ca. 3 Jahren wurde der Verein zur Industrialisierung der Süd-Eifel gegründet, dessen Prosektor der Regierungspräsident zu Trier übernahm. Dieser Verein bot und bietet reich gewordenen Juden und anderen, die Orden oder Titel suchten, die beste Gelegenheit, ihre Wünsche bald in Erfüllung gehen zu sehen. Sonst müssen solche Herren für irgend einen Zweck (Stadttheater, Wohlfahrtsvereinigungen usw.) größere Summen zeichnen. Jetzt brauchen sie nur eine Fabrik in der Eifel zu gründen und erreichen dasselbe. Es ist leicht verständlich, daß mancher, der schon vorher vergebens eine Dekorierung zu erhalten versuchte, glaubte, bei einem Unternehmen, an dessen Spitze ein regelrechter preussischer Regierungspräsident steht, das Ziel vielleicht doch noch und dazu noch leicht zu erreichen. So auch Herr Tieß. Er resp. die Firma ist jetzt Fabrikbesitzer in der Eifel und hat dabeilich ein Sommerheim für die Angestellten. Kommerzienrat ist A. nicht geworden, aber den Roten Adler 4. Kl. sieht er an seiner Brust prangen.

Eine solche „Industrialisierung“, nämlich die des Diens (Westpreußen), hat vor einigen Jahren ebenfalls zu Ordensverleihungen Anlaß gegeben; übrigens werden andere Berliner Warenhausbesitzer jetzt „plagen“. Georg Wertheim, gegen den persönlich gewiß nichts einzuwenden ist, hat's erreicht. In der Konkurrenz macht man auch alles Mögliche; aber man schafft's nicht. Eine Reise nach Indien oder sonstwohin „zur Erweiterung des Blicks des deutschen Kaufmanns“ wird mit großem Tamtam durch die gerechtfertigte Presse angeündigt und damit alle möglichen Lobhudeleien verbunden. Ob aber das zieht? Der St. Michael-Berndorforden 4. Klasse ist ja gewiß auch eine ganz hübsche Sache, aber leider entflammt er nicht dem engeren Vaterlande. Anderswo wird man gar Kommerzienrat, allerdings auch nicht preussischer, erhält auch Ordensauszeichnungen, leider auch nur solche von „kleinen“ Fürstinnen und preussische wollen sich durchaus nicht an die Männerbrust weihen.

Es sind Zeichen der Zeit. Schon neulich haben wir darauf hingewiesen, daß man in der Umgebung des Kaisers leider nur allzuwenig über die Stimmung des Volkes unterrichtet zu sein scheint. Der wertvolle Mittelstand, dem die Warenhäuser mit ihrem glänzenden Tand seit Jahren so übel mißspielen, kann nicht verstehen, daß es für solche „erprobliche“ Tätigkeit auch noch Auszeichnungen regierender Häupter geben soll. Er sieht darin beinahe etwas wie eine Verhöhnung seiner wirtschaftlichen Not und wendet sich naturgemäß in seiner politischen Gesinnung Etwa-

mungen zu, die seiner verärgerten Stimmung zielbewußt Rechnung tragen. Man sollte sich in Regierungskreisen endlich dieser Wirkung solcher Auszeichnung von Warenhäusern bewußt werden und danach trachten, sie abzustellen. Das gilt nicht für Preußen allein, sondern auch für andere Bundesstaaten. Besonders in Bayern darf man sich an die Nase fassen.

Wer nun mit uns denkt und fühlt,

der mache sich zur Pflicht:

1. Auf das Blatt zu abonnieren.
2. In diesem zu inserieren.

Die judenliberalen Winkelmuscheln sind bei gehörigem Zusammentritt mit Leichtigkeit zu überönen.

Sternickel,

der glücklich gefasste Raumbörder, der nur Sternickel und nicht Franke heißt, läßt wieder einmal die

Gedanken über die Todesstrafe

wachrufen. Die „Halleische Reform“ gehört allerdings zu den Verfechtern der Todesstrafe. Aber, da sie verschiedene Meinungen zu Wort kommen läßt, will sie auch einem Zweifler an der Nichtigkeit dieser Strafe Raum geben.

Schreiber dieses war früher sogar ein sehr starker Anhänger der Todesstrafe, denn es erschien ihm damals als selbstverständlich, daß ein Mensch, der einen anderen mit Ueberlegung, ja vielleicht grausam tötet, die Qual an sich selbst erfahren soll. Aber ich habe die Anschauung abgelegt. Würde man mich fragen, ob es aus Humanität geschah, so müßte ich mir mindestens 24 Stunden Bedenkzeit ausbitten, denn vorläufig bin ich mir nicht klar darüber, ob es inhumaner ist, einen Menschen auf Lebenszeit ins Zuchthaus zu sperren oder ihn möglichst schmerzlos und rasch zu töten.

Die Erwägungen, die mich zum Gegner der Todesstrafe machten, liegen auf einem anderen Gebiet. Wie ein gebildeter Mensch sich nicht in die Hand schneuzen und nicht ranzen darf, wie ein Bauernbursche, so hat auch ein zivilisierter Staat gewisse Rücksichten auf sich selbst. Nach meinem Dafürhalten ist es eines zivilisierten Staates unwürdig, einem Menschen, nachdem er auf ein Brett geschallt ist, den Kopf mit einem Beil abzuhacken. Genaß ist es seiner nicht würdig, einem Gefesselten eine Schlinge um den Hals zu legen, ihn dann auf eine Leiter zu stellen und im nächsten Moment von der Leiter herunterzustoßen.

Nicht nur die einzelnen Menschen, sondern auch Staaten sollen ein Schamgefühl haben. Wie das Deutsche Reich sich schämt, Gefangene noch frumm schleichen und foltern zu lassen, ebenso sollte es sich endlich einmal schämen, daß es über die Kopfabhackerei noch nicht hinaus ist.

Die moderne Medizin bringt sehr viel zustande. Aber wenn einem Menschen der Kopf abgeschlagen worden ist, geht auch ihr das Latrin aus. Sogar Herr Dr. Hirtz macht ihn nicht mehr lebendig, mag er ihm auch 3 Hektoliter Salzmaiser einbringen. Die Todesstrafe ist auch dann nicht mehr zu reparieren, wenn sich schon eine halbe Stunde nach der Hinrichtung die vollkommene Ansduld des Delinquenten herausstellt. Zu einer solchen Strafe paßt aber der deutsche Gerichtsparagraf gar nicht, weil er bei der Erörterung der Wahrheit nicht die nötige Voracht aufwendet. Er kümmert sich nämlich um die geistigen Qualitäten der Zeugen viel zu wenig. Unter den freierumlaufenden Leuten gibt es drei Gattungen, die überhaupt nicht als Zeugen in Betracht kommen sollten. Zur ersten gehören die schweren Alkoholiker, also jene Leute, die sich gewohnheitsmäßig betrinken. Sie sind verhältnismäßig noch am harmlosesten, weil man ihnen ihr Kaster meistens ansieht und sich daher die Richter und Geschworenen von selbst einen Verweis auf ihre Glaubwürdigkeit machen können. Viel bedenklicher aber sind die zweite und dritte Gattung, die Hysterischen und die gewohnheitsmäßigen Morphinen, denn sie kann man nicht so leicht erkennen wie die schweren Alkoholiker. Was eine Hysterische anrichten kann, hat man ja in München in dem Prozeß gegen Fräulein v. Häusler erlebt. Hier führte ein hysterisches junges Wädel, das Mina Wagner hieß, einen ganzen Gerichtshof inkl. Geschworene und au noch die öffentliche Meinung an der Nase herum.

Das Publikum war Feuer und Flamme für das Wädel und die Kuhhaft hielt die Mina, deren Photographie als warnendes Beispiel in die Zivilstrafprozessordnung hineingehört, als einen zufällig auf die Erde verschlagenen Engel hin. Hätte der Anwalt des Fräulein von Häusler nach der Beurteilung der Dame sich nicht mehr um die Sache gekümmert und hätte die Mina Wagner ihr nicht die Gefälligkeit erwiesen, zu sterben, so wäre das Fräulein bis zum Ende ihrer Strafzeit im Zuchthaus geblieben. Aber nachdem sich bei der Section der reizenden Mina herausstellte, daß sie überhaupt niemals Salzjüure geschluckt hatte und nachdem auch etliches zur sonstigen Qualifikation des „Engels“ herbeigezogen worden war, mußte man Fräulein

lehn v. Häusler wieder freilassen. Damals sprach der bekannte Psychiater Prof. Kraegelin, der aus seiner Praxis die Syphilitischen wie seine Hofentasten kennt, über die angenehmen Geschöpfe folgendes Urteil aus: „Sie lügen, sie beugen die Leute hintereinander, sie mischen sich in alles und suchen sich immer interessant zu machen.“ Und die Ausfage einer solchen Person kann im Deutschen Reiche einen Menschen ins Zuchthaus, ja auf das Schaffot bringen!

Nun kommen die gewohnheitsmäßigen Morphinisten. Fragt man einen erfahrenen Arzt über sie, so kriegt man gewöhnlich zur Antwort: „Sie verlieren nur zu häufig im Laufe der Zeit alles. Ihnen kommt das Schamgefühl abhanden, sie lügen, daß die Ballen sich biegen, verlieren das Gedächtnis und sind oft auch gar nicht mehr imstande, die Wahrheit und die Produkte ihrer Phantasie auseinanderzuhalten.“ Die Erfahrung lehrt ja auch, daß ein erheblicher Teil der Morphinisten im Zuchthause endet. Und doch werden auch die Morphinisten als Zeugen voll angenommen. Hat der Morphinist vor kurzem eine Spritze oder ein Pulver Morphium seinem Korpus einverleibt, so sagt er vielleicht ganz anders aus, als er zwei oder drei Stunden nach dieser Prozedur aussagen würde.

Man wird mir entgegen, daß die Justiz die Zeugen vor der Vernehmung nicht kräftig unteruchen und längere Zeit beobachtet lassen könne. Darauf entgegne ich nur: Wenn der Staat die Zeugen nicht auf ihre Glaubwürdigkeit prüfen kann, dann muß er eben auf das Kopfabgeben, das nie mehr gutgemacht werden kann, verzichten. Uebrigens ist hier noch zu bemerken, daß Staatsanwälte Individuen als Zeugen aufmarschieren lassen, von denen man genau wußte, daß sie allerlei auf dem Kerbholz haben.

Wir müssen nun auch der Blätter à la Kuhgall gedenken. Derartige Organe berichten bekanntlich über einen Mord und über Gerichtsverhandlungen gegen Mörder nicht ruhig und vorzüglich, sondern fügen die traurige Angelegenheit als Kolportageroman zurecht, um den Lesern ordentlich gruselig zu machen. Da werden besonders „zugkräftige“ Worte, wie z. B. „der blutige Hammer“, „ein ausgerissener Saarbüchel“ usw. allein in eine Zeile gesetzt und dazu auch noch fetz gedruckt. Und noch ehe der Angeklagte verurteilt ist, wird er von dieser Presse schon als Mörder angesprochen. Auch diese Erregungen bedrohen die Objektivität, die herrschen muß, wenn es um Kopf und Krone geht, auf das Schwerste.

Wenden wir uns auch noch der Abschreckungstheorie zu, mit der die Todesstrafe hauptsächlich verteidigt wird. Da bitten wir zuerst einmal um den statistischen Nachweis darüber, daß in den Staaten, in denen die Todesstrafe abgeschafft, und ferner in den Staaten, in denen nur sehr selten eine Hinrichtung stattfindet, mehr Morde sich ereignen als in den Ländern mit relativ viel Hinrichtungen. Wir haben dabei natürlich Staaten mit ungefähr gleicher Bildungslage und eine Statistik auf je 10 000 oder je 100 000 Menschen berechnet im Auge. Gerade eine derartige Statistik würde höchstwahrscheinlich ergeben, daß Fallbeil und Galgen gegen Morde nicht viel helfen.

Morde sind eben Handlungen, die entweder im Affekt begangen wurden oder die Folgen einer scharflichen Verwahrlosung und Verrohung von Jugend auf sind oder den Ausbruch einer geistigen Krankheit vorstellen. Da will einer gar nicht morden, sondern stehlen oder rauben. Und erst die Furcht vor dem Angezeigwerden bringt ihn plötzlich so weit, daß er einen Mord begeht. In welchem Milieu Mörder manchmal aufwachsen, hat vor einigen Jahren eine Gerichtsverhandlung in München gezeigt. Hier wurde nachgewiesen, daß den noch minderjährigen Mörder seine eigene Mutter zum intimen Verkehr mit ihr aufgefordert hatte. An dieser Tatsache konnte man ungefähr ermessen, in welchem Schlamm, in welcher Pfütze von Rohheit, Gemeinheit und Verkommenheit dieser Mensch seine Kindheit und seine Jugend verbracht hatte. Daß endlich nicht wenige Morde auf Geisteskrankheit, auf eine Art plötzlichen Tobjuditsanfall oder einen bis zum Wahnsinn gesteigerten Sadismus zurückzuführen sind, ist auch nicht zweifelhaft. In Fällen aber wie den erwähnten, erreicht man mit der Abschreckungstheorie nichts.

Ferner müssen wir noch darauf hinweisen, daß die jetzige Todesstrafe den Grundprinzipien der Rechtspflege widerspricht. Diese fordert, daß der Richter sein Urteil über einen Angeklagten nur auf Grund der Wahrnehmungen fällen soll, die er während der Gerichtsverhandlung macht. Gerade bei Mordprozessen ermahnen die Vorsitzenden die Geschworenen stets eindringlich, daß sie ihr Urteil nur auf die Eindrücke basieren dürfen, die sie in der Gerichtsverhandlung empfangen haben. Jene aber, die das Fallbeil erst in Aktion treten lassen, also die schwerste Strafe aussprechen, die der Staat kennt, sind keinen Augenblick in der betreffenden Gerichtsverhandlung anwesend. Diese Personen sind nämlich der Justizminister, der die Ablehnung des Begnadigungsgesuches beantragt, und der Landesherr, der die Begnadigung verweigert.

Zum Schluß sei noch erwähnt, daß wir in einem christlichen Staat leben. Christus aber hat bekanntlich gesagt: „Du sollst nicht töten.“ Davon, daß er dabei daß Köpfen und Hängen von Staats wegen ausgenommen hat, steht nichts im Neuen Testament.

Dem Zweifler wollen wir ein Bild entrollen, dem er uns beizuflechten wird.

Schaupöbel.

Bei jedem Standalprozeß, bei jedem Mordprozeß, ja, bei jeder Hinrichtung — immer daselbe. Immer finden sich Zuschauer, die ein pervertierter Kitzel treibt, der leiblichen oder moralischen Abschlagung eines Mitmenschen beizuwohnen. Natürlich ist das Wasser auf die Mühlen der Opposition, die sich keine Gelegenheit entgehen läßt, auf die stolzen ethischen Erregungen unserer beiden aller Welten hinzuweisen. Neuerdings hat wieder einmal das gelobte Land Schauen einen Fall, der besonderer Art ist, hervorgebracht. Skizze: Um sich die Szene zu vergegenwärtigen, muß man sich abgewöhnen, bei dem Wort „Gefängnis“ an etwas Außerordentliches zu denken. Ein Gefängnis ist schließlich ein Hof wie jeder andere, nur fehlt die Teppichklopfstange, und er wirkt vielleicht ein bißchen grau und trübselig durch die Gitter, mit denen die Hoffenster der umliegenden Gebäude versehen sind. Aber er ist doch ein Hof, mit Steinen gepflastert, er steht auf ebenerden Erde wie wir. . . . Nun denke man sich, eine Tür öffnet sich und sie zerren einen Menschen heraus, der soll sterben und will nicht. Der Staatsanwalt, Beamter bis in die Schurkrabbspitzen, lieft dem Halbirten, vor Angst Vertirrten, etwas vor, . . . von seinem Begnadigungsrecht keinen Gebrauch gemacht“ . . . er wird überbrüllt, überkreischt von dem Tollen, der sich abquält und sich windet unter den Häufen, der Scharfrichtermaschine. Dieser hier (Göhler heißt er wohl) rief zum Beispiel, man habe ihn ungeschuldig verurteilt, die Justiz solle sich das merken, er habe das auch an seine Frau geschrieben; irrez Zeug, hervorgeprudelt von einem Tier, einem Tier. Und den Zuschauern befanden sich drei Söhne und ein Schwiegersohn der Ermordeten! „So ganzen waren es diesmal, nach dem „Vorwärts“, nur 60 (sechzig) Zuschauer. Bei der Grete Beier fand ja ein kleines Volksfest statt: damals zierten 200 den Hof. Diesmal war es ein kleines, aber gewähltes Publikum, das den spannenden Vorgängen auf der Bühne mit Interesse folgte, und nach Schluß, der Aufforderung der Beamten Folge leistend, sogleich den Hof verließ. Also: eine mäßige Vorstellung. . . . Wir wissen uns frei von Humanitätsdilettanten und sind keine Gegner der Todesstrafe, sondern im Gegenteil, ihre Verfechter. Gerade darum aber sind wir der Meinung, daß solche Szenen um jeden Preis vermieden werden müssen. Eine Hinrichtung ist schließlich kein Theater, sondern eine verurteilt ernste Sache. Dazu bedarf es der Gaffer nicht. Das wesentliche ist die Deffentlichkeit des Gerichtsverfahrens; auf die „Deffentlichkeit“ der Hinrichtungen wollen wir herzlich gern verzichten.

Wiedereinführung der Prügelstrafe?

In der letzten Zeit haben sich wiederholt Stimmen vernahmen lassen, die eine Wiedereinführung der Prügelstrafe als gelegentliches Strafmittel empfehlen zu müssen glauben. In dieser Richtung bewegt sich auch ein Aufsatz von Wirl. Geh. Kriegsrat Dr. jur. Komon in Nr. 39 des „Tag“. Eine genaue Prüfung des pro und contra erscheint uns so gebotener als die Argumente für jene schlagkräftige Prozedur auf den ersten Blick bestehend erscheinen.

Zugegeben, daß Nothwehrdelikte aller Art in der Gegenwart die Anwendung körperlicher Züchtigung nahelegen. Es fragt sich nur, ob der erstrebte Zweck der Abschreckung erreicht wird. Man verweist auf England oder auf Dänemark, wo mit der Prügelstrafe gute Erfolge erzielt sein sollen. Andererseits führt Professor F. W. Förster, ein Gegner des Systems, Citate an, wo die Einführung der Prügelstrafe so schlimme Erfahrungen nach sich gezogen hat, daß man sie wieder abschaffte (Nr. 138 des „Tag“, Jahrg. 1911). „Wer sich als Bestie benimmt, muß als Bestie behandelt werden“, behaupten die Vertreter der Prügelstrafe. Genaß kann man Bestien im Vollsinne des Wortes als unvernünftige Kreaturen nur mit äußerlichen Gewaltsmitteln zähmen oder bremsen. Nun können zwar Menschen zu Bestien — „Wether“ sogar nach Schiller zu „Hänen“ — werden, aber zwischen vertierten Menschen und wilden Tieren bleibt immer noch ein Unterschied. Füglich darf die Behauptung bezweifelt werden: Nothlinge würden durch die empfindliche Prügelstrafe abgeschreckt und somit wenigstens durch Furcht gebessert. Die Freiheitsberaubung pflegt solchen verwilderten Gesellen und Bagabunden so ziemlich das Unangenehmste zu sein.

Das Gefängnis an sich bessert den Sträfling nicht. Die Reformen der Strafprozedur, die zuletzt leicht auf Empfehlung der Züchtigungsstrafe hinauslaufen, weil man an sonstigen durchgreifenden Mitteln verzweifelte, sollte eher ins Auge fassen eine intensive pädagogisch seelsorgerliche Einwirkung auf die Sträf-

linge. Den Funken des göttlichen Ebenbildes, der im vornehmsten Menschen noch vorhanden ist, schlägt man nicht heraus mit dem Stock, geschweige, daß man ihn auf solche mechanische Art zum Glimmen und Brennen brächte. Gerade das Bewußtsein der Menschenwürde in dem unter das menschliche Niveau Geratenen zu wecken, wäre not.

Die Prügelstrafe führt auch leicht zu Mißbräuchen. Unter massiver Nachbarschaft Ausland dürfte dafür eine Fülle typischer Belege bieten. Man braucht nur Gefängnisberichte von dort zu lesen.

Nach einem Punkt möchte ich nicht unberührt lassen. Unter die Prügelstrafe fallen nicht allein Glieder der unteren und untersten Volksschicht. Auch entartete unglückliche Mitglieder der sogenannten „besseren Gesellschaft“ können unter Umständen dem Stock anheimfallen. Standesausnahmen sind aber in der Rechtspraxis — man erinnere sich der Justitia mit verbunnenen Augen — nicht wohl zulässig.

So sehr eine raffinhaltende Brevi manu -Justiz manchmal angebracht erscheint, so wäre doch die Wiedereinführung der Prügelstrafe in Deutschland ein gewagtes Experiment. Höchstens könnte man sich zu einem probeweisen Versuch entschließen. Jedenfalls hätten es die Gesetzgeber und Richter nicht leicht, die Grenze für das neue Strafsystem genau zu ziehen.

Deutsches Reich.

— Der sog. Abgeordnete Fischer (Berlin) hat in seiner letzten Reichstagsrede einige sehr zutreffende Aeußerungen gemacht. So sagte er u. a.: „Nach einer Verfügung aus Marinekreisen wünscht man, daß die Marineoffiziere und Seemannsleute nicht aus denselben Familien stammen. Die Ingenieure sollen in die Kreise heruntergedrückt werden, zu denen sie gehören, denn die ehrliche Arbeit der Hände schändet ja! Das ist diese elende Hochmuth, die nur danach fragt, woher ein Mann kommt. Ein Mann kann verlernt und verlernt sein, wenn er nur aus hohen Kreisen stammt.“ — Ein bischer, „Amerikanismus“ wäre uns wahrlich not!

— Mehr als 10 000 Kirchenaustritte für 1912 für Groß-Berlin hat das „Komitee Konfessionslos“ festgestellt. Davon entfallen nachweisbar auf das Amtsgericht Berlin-Mitte über 4000 Austritte. Die weit überwiegende Zahl der Austritte betrifft die evangelische Kirche.

Die deutschen Münzen.

Zur Zeit sind im deutschen Reiche für 4 935 003 380 M., also fast fünf Milliarden M. Goldmünzen in Umlauf. An Silbermünzen zirkulieren 1 099 581 929 M., an Nickelmünzen für 104 944 213,25 M. und an Kupfermünzen für 23 805 512,12 M. Insgesamt gibt es 1 476 332 179 Einpennigstücke und 311 727 619 Einmarkstücke.

Weiteres Fiasko mit russischem Fleische.

Wie wir gemeldet, haben sich bereits einige Stadtverwaltungen von der Unzumutbarkeit der Einfuhr russischen Fleisches überzeugen müssen. So wird jetzt auch aus Breslau gemeldet, daß der dortige Magistrat die Einfuhr russischen Fleisches einstellen wird, da eine Verbilligung des Fleisches, namentlich wegen des Widerstandes der dortigen Fleischer nicht zu erreichen war. — In Rachen haben von 53 Fleischermeistern, die anfänglich holländisches Rindfleisch und dänisches Fleisch von der Stadt bezogen, in dieser Woche nur 15 es übernommen. Die Stadt hat nur einen Teil des holländischen Viehes selbst schlachten lassen. Dänisches Fleisch hat die Stadt schon längere Zeit nicht mehr bezogen, weil von den letzten Lieferungen manches zu beanstanden und die Nachfrage nur noch gering war.

Wurftagrarier.

Die große Wurftfabrik Vogt & Wolf, Aktiengesellschaft, in Gitterloch i. W. weig in ihrem kürzlich erschienenen Geschäftsbericht der Landwirtschaft allerlei Schand an der augenblicklichen Feruung aufzupacken. Trotzdem ist die Gesellschaft imstande, einen Reingewinn von 204 334 M. zu verteilen, so daß die armen Aktionäre 14 (vierzehn) v. H. Dividende erhalten. Und wieviel Ertrag liefert die Landwirtschaft?

Nah und Fern.

— Ueber das Warenhaus S. Greifenberger Nachf., Inhaber Julius Kränke, Brunnenstraße 17/18 und Veteranenstraße 1/2, ist Konkurs eröffnet worden. Die Passiven betragen 770 000 Mark, denen als Aktiven das Warenlager im nominalen Werte von zirka 500 000 Mark gegenübersteht.

— In Landsberg a. L. hat sich der Banquier Frido Herz (nicht zu verwechseln mit dem Bankhaus Herz und Schmid) der Staatsanwaltschaft mit der Selbstbeschuldigung gestellt, Depotunterstellungen (angeblich 80 000 Mark) verliert zu haben.

— Zwei Millionen verpulvert hat die Luftfahrt-Betriebs-Gesellschaft G. m. b. H. in Berlin. Die Geprellten wollen nun wissen — Wo ist das Geld geblieben. — Das Kontardverfahren ist eröffnet worden.

— Kaiser Wilhelm gedenkt am 19. Februar seine übliche Reise über Venedig nach Korfu anzutreten. Trotz v. d. Goltz scheint „man“ an allerhöchster Stelle demnach nicht den Wunsch zu hegen, daß es „bald losgehe“.

— Die Wert Schikan in Elbing erhielt von der russischen Regierung einen Marineauftrag, in der Höhe von 42 Millionen. — Es ist ein Scherz der Weltgeschichte, daß so französisches Geld auf dem Umwege über St. Petersburg der deutschen Industrie zugute kommt.

— Aus Wismar (Fals) ist der Rechtsamwalt Bolandt verschwunden. Sein Bureau hat er aufgegeben.

Noter Zigarrenkultus.

Dem jüdischen sozialistischen Reichstagsabgeordneten Dr. Frank, dem Redner bei der sogenannten „internationalen Friedenskundgebung“ in London, ist großes Heil widerfahren: Man hat ihm ein Dentmal gesetzt — auf der Zigarettenfabrik! Der jüdische Zigarettenfabrikant Ralster-Mannheim bringt eine neue Sorte „Dr. Ludwig Frank“ heraus, die das großartig gelungene Bild dieses „Löwen in Juda“ zeigt. Der Zigarettenladen des Gewerkschaftshauses in Mannheim ist im Schaufenster, abgesehen von einigen Zigarettenpackungen, nur mit Zigaretten dieser Marke dekoriert, und zwar kosten diese „Arbeiter“-Zigaretten von 10 Stück 1,50 Mark abwärts bis 10 Stück 80 Pfg. Zu billigeren Sorten gibt Frank sein Bild nicht her; er kennt seinen eigenen Wert am besten.

Es ist tief bedauerlich, daß der deutsche Arbeiter so sehr mit Blindheit geschlagen ist: „Für den einen Juden wird Reklame gemacht, dem anderen hilft man die Taschen füllen!“

Breslauer Blödsinn.

Die „Breslauer Zeitung“ schreibt: „... Triumpzierend läßt die Regierung verkünden, daß infolge ihrer Maßnahmen gegen die Fleischtenerung die Einfuhr von Rindfleisch im Oktober v. J. von rund 16000 auf 34000 und die Einfuhr von Schweinefleisch von 1500 auf 17000 Doppelzentner gestiegen sei. Was will denn diese Käpcherer bei einer Bevölkerung von 65 Millionen Köpfen bedeuten? ...“

Heiliger Brahma! Da fragt man sich doch unwillkürlich: Ist die „Breslauer Zeitung“ von oder für Jüdinnen geschrieben? Aber das läßt eben einen Blick in die jüdisch-freiwirtschaftliche Seele tun. Das möchte sie eben, daß die ganze Bevölkerung Deutschlands russisches Fleisch isst und die deutsche Landwirtschaft dabei zugeht!

Spanien.

Die spanische Monarchie scheint am Anfange eines ruhmvollen Endes zu stehen. Die Liberalen und Freimaurer — im Grunde Republikaner — haben Oberwasser erlangt, die Katholisch-Konservativen, auch „Mauras“ genannt, sind völlig ausgeschaltet. König Alfonso hat dieser Tage den Führer der republikanischen Partei, Agcarate, zu einer längeren Besprechung empfangen, in der das zünftige Regierungsprogramm behandelt wurde, das gänzlich dem „Liberalismus“, dem Vater des Anarchismus, auf den Leib zugeschnitten wird. Die Liberalen triumphieren und künden für Spanien eine Restauration an, die folgerichtig mit der Proklamierung der Republik enden muß. König Alfonso befindet sich nun in Händen von Leuten, wie sie seinerzeit die „große“ Revolution in Frankreich gemacht haben. Das Schicksal Ludwig XVI., der ebenfalls dem Rouvent anvertraut hatte, und dann auf dem Schafott endete, scheint ihn vorläufig nicht zu gemieren.

— Von der Pariser Polizei wurde der Direktor der Bank für Anarchobilindustrie Duncan Wagner unter der Beschuldigung verhaftet, eine Million Franken veruntrent zu haben.

— Aus dem „freien Amerika“. In den Vereinigten Staaten sind in den letzten zehn Jahren insgesamt nicht weniger als 1 850 000 Ehen geschieden worden. In den meisten Fällen erfolgte die Scheidung wegen Ehebruchs.

— In Newyork haben 170 000 Wäscherinnen die Arbeit niedergelegt. Sie fordern eine Lohnerhöhung. Viele Tausende von ihnen haben das 15. Lebensjahr noch nicht erreicht.

— Bulgarien. Die bulgarische Regierung hat nunmehr die bisherigen Verluste im Kriege gegen die Türkei amtlich bekannt gegeben. Danach hat die bulgarische Armee an Toten verloren: 284 Offiziere, 21 018 Mann. An Verwundeten und Kranken belief sich der Verlust auf 876 Offiziere und 51 000 Mann. Der Gesamtverlust beträgt also 1160 Offiziere und 72 018 Mann.

— In dem in Petersburg stattgefundenen Intendanturprozeß, der enormes Aufsehen erregte, machte der Vertreter der Firma Schil und Cie die Entdeckung, daß seine Firma in den letzten 20 Jahren nicht weniger als 25 Millionen Rubel Bestechungsgelder an die Intendanturen der Artillerie, Marine und des Postwesens habe entrichten müssen.

Vermischtes.

† Ein russischer Bauer stahl dem Popen während der Beichte seine Taschenuhr. Dann fuhr er in dem Bekenntnis seiner Sünden fort: „Väterchen“, sagte er, „ich habe ferner jemandem eine Uhr gestohlen, und das liegt mir nun schwer auf dem Gewissen. Ich weiß nicht, was ich mit der Uhr anfangen soll. Willst Du sie nehmen?“

„Wo denfst Du hin mein Sohn“, erwiderte der Popo. „Ich will die Uhr nicht. Du mußt sie dem rechtmäßigen Eigentümer zurückgeben.“

„Das würde ich wohl schon tun“, klagte der Bauer, „aber er will sie nicht nehmen.“

„Hast Du ihn denn schon gefragt?“

„Ja, Väterchen.“

„Nun, wenn er sie nicht zurücknehmen will“, entschied der Popo, „dann kannst Du sie ruhig behalten und brauchst Dir weiter keine Gewissensbisse mehr darüber zu machen!“

† (Der Zahn des Großvaters.) Karlchen: „Du, Großpapa, laß Dir mal in den Mund sehen, ob Du wirklich so viel Geld auf dem einzigen Zahn haßt.“

— Großpapa: „Weshalb?“ — Karlchen: „Ach, Papa sagte heute Morgen zu Mama, er brauche 5000 Mark und wolle Dir deshalb mal auf den Zahn fühlen.“

† (Stoßseufzer.) Studiotus (der lange Zeit vergeblich auf eine Geliebten gewartet): „Ich glaube, ich kann in meiner Dissertation über ausgeforderte Menschenaffen auch gleich die Geliebten erwähnen!“

† (Willensfreiheit.) Professor (im Kolleg): „Das Ergebnis unserer heutigen Unterlebung war also, daß der menschliche Wille frei ist. Damit schließe ich die heutige Vorlesung. ...“

„Noch möchte ich bemerken, meine Herren, daß ich mein Privatissimo heute Abend nicht halten kann, da ich meine Frau in eine Gesellschaft begleiten muß!“

Bei Einkäufen empfehlen sich:

- Richard Elze**
Grösste Auswahl in Posamenten, Trikotagen, Kurz-, Woll- und Weisswaren. — Neu aufgenommen: Putz.
Gegründet 1883. Marktplatz 6.
- Alexander Blau**
Tapisserie, Posamenten, Trikotagen und Wollwaren.
Geschäft besteht seit 1853. Leipzigerstrasse 99.
- W. F. Wollmer**
Posamenten, Strumpfwaren, Trikotagen, Wollwaren.
Gegründet 1769. Gr. Ulrichstrasse 4.
- H. Schnee Nacht., A. & F. Ebermann.**
Spezialität Trikotagen, Strümpfe.
Gr. Steinstr. Nr. 84.
- Gust. Liebermann**
Herrenartikel, Wäsche, Trikotagen, Strümpfe, Wollwaren.
Geiststr. 42.
- Vereinigte Tischlermeister**
Möbel, Spiegel und Polsterwaren. Kl. Steinstr. Nr. 5.

Geschäftsleute!

Gedenket Eurer Pflicht,

die „Halle'sche Reform“ in ihrem Kampfe durch Abonnement und Inserate zu unterstützen.

Die Schriftleitung.

Wir übernehmen

die Führung von Prozessen vor den Land- und Amtsgerichten.

Einziehung von Außenständen.

Bearbeitung von Steuersachen.

Führung von Geschäftsbüchern.

Testamente und Verträge.

Rechtsauskunftsstelle für den Mittelstand

Mittelstraße 6^{II}

C. Schröder, Volksanwalt.

Auch Sonntags von 9—12 Uhr geöffnet.

Deutsch-Südwest-Afrika.

Gesucht zum baldigen Dienstantritt von erster Firma:

1. Buchhalterin, perfekt in Stenographie und Maschinen-schreiben, erfahren in Buchführung und allgemeinen Kontorarbeiten.
2. Junger Kaufmann, unverheiratet, militärfrei, mit guten Kenntnissen der Speditions- und Versicherungsbranche, womöglich mit Kenntnissen in Wolle und Fellen.

Offerten unter E. O. 13 an **Kolonialkriegerdank Berlin W. 35.**

Wir suchen per bald für unser Konfektions- und Modewaren-geschäft eine

tüchtige Verkäuferin

bei hohem Gehalt. Offerten mit Zeugniskopien, Photographie und Gehaltsansprüchen erbiten

Deertz & Ziller, Hofl., Dresden

Prager Straße 42.

Umsichtiger

Lagerhalter

(kann verheiratet sein, freie Wohnung steht z. Verfügung), für Getreidespeicher bei gut. Gehalt für sofort od. 1. April gesucht. Perfekte Branchenkenntnisse Bedingung. Off. unter V. O. S. 8678 an Rudolf Mosse, Brannschweig.

Für das Kontor unseres Kolonialwaren-Geschäfts such. wir zum 1. April 1913 einen tüchtigen

Buchhalter

Gefl. Off. m. Gehalts-Anspr. und Angabe der Vereinsangehörigkeit an Jacob & Hoffmann, Salzwedel.

Verleger und verantwortlicher Redakteur: C. Schröder, Halle a. S., Mittelstraße 6. — Druck von Carl Gleditsch, Halle a. S., Geißeistraße 19, Fernruf 902.



Halle'sche Reform.

Organ für das  werktätige Volk.

Abonnements-Bedingungen.

Die „Halle'sche Reform“ erscheint jeden Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt in Halle: frei in's Haus 1 M. 50 Pfg. Durch die Post: 1 M. 62 Pfg. inkl. Postgeb. (Post-Zeitungsliste Nr. 3398.) Durch Kreuzband bezogen 2 M. 25 Pfg. für drei Monate. Einzelnummer 20 Pfg. — Inserate: Die fünfspalten Petit-Zeile 20 Pfennig. Alle Sendungen sind an Redakteur C. Schröder, in Halle a. S. Mittelstraße 6 zu richten.

Nr. 4.

Halle a. S., den 25. Januar 1913.

20. Jahrgang.

Israel auf dem Kriegspfade.

Die judenliberalen Winfelmaschinen bringen pflichtgemäß Telegramme über den Ausgang der Präsidentenwahl in Frankreich. Aber niemals wird das deutsche Volk über die wahren Zustände im Nachbarstaate unterrichtet werden, — weil dabei die Juden ins richtige Licht gestellt werden. Die „Halle'sche Reform“ ist jederzeit dabei, mit der Wahrheit nicht hinter dem Berge zu halten, so sollen auch unsere Leser erfahren, wie die Dinge in Frankreich stehen.

Der neueste Fall des Oberleutnants du Paty de Clam zeigt, daß das französische Judentum an Geschäftlichkeit und allumfassendem Einfluß nichts eingebüßt hat seit dem Tage, da es dem Welthaushalt gelungen, auf den Präsidentenstuhl der französischen Republik, auf dem vorher die Aristokratie (Carnot, Félix Faure u.) gesessen, den „Blebejer“ Doubet, den König aller Panamiter und ersten Laïk Israels zu erheben, dessen würdiger Nachfolger dann Fallières geworden ist. Auch heute spricht in Frankreich das Judentum das letzte, das entscheidende Wort, wie damals, als alle Macht gewissermaßen offiziell in die Hände des regierenden Dreyfußhündits gelegt war. Man sehe sich den neuesten Fall du Paty de Clam nur in seiner Entwicklung an.

Das „Journal officiel“ veröffentlichte am vergangenen Freitag eine Anzahl von Dekreten des Kriegsministers, wodurch offiziell die sich bereits in Ruhestand befindenden Offiziere mit ihrem Grade wieder in die Landwehr eingestellt worden sind, um als Verwaltungsoffiziere im Eisenbahnbienste für die Vorbereitung der Mobilmachung Verwendung zu finden. Unter diesen Offizieren ist auch der Oberleutnant du Paty de Clam. Da es mehrere Offiziere der nämlichen Familie gibt, so wußte man im ersten Augenblick nicht, daß es sich bei dieser Rehabilitierung um jenen Offizier handelte, der im Dreyfußprozeß in der Rolle des Staatsanwaltes gegen den Kapitän Dreyfuß auftrat. Im Laufe des Samstags stellte es sich jedoch heraus, daß es sich wirklich um den du Paty de Clam handelt, der die Voruntersuchung gegen Dreyfuß geführt hatte und der schließlich nach Rehabilitierung des Hauptmannes Dreyfuß selbst in den Ruhestand versetzt worden war. In der Juden-Welt machte sich sofort eine lebhafte Erregung geltend, obgleich es sich herausstellte, daß Willérand die Maßregel ergriffen hatte, ohne vorher den Ministerrat davon unterrichtet zu haben.

Der Ministerpräsident Poincaré erklärte den Abgeordneten und den Journalisten, die ihn deshalb befragten, daß er selbst die Angelegenheit erst im Laufe des Tages erfahren habe und daß jedenfalls der Kriegsminister allein dafür verantwortlich sei. Im Kriegsministerium wurde sodann im Laufe des Abends über den Vorgang eine lange Erklärung mitgeteilt, aus der sich ergibt, daß im Augenblick der deutsch-französischen Spannung im Sommer 1911 eine größere Anzahl in den Ruhestand versetzter Offiziere ihre Dienste für den Mobilmachungsfall angeboten haben und daß der damalige Kriegsminister Messimy sich nicht für berechtigt hielt, derartige Angebote abzulehnen. Unter diesen Offizieren befand sich auch du Paty de Clam. Messimy ließ ihn darauf aufmerksam machen, daß der von du Paty de Clam gegen seine Verlesung in den Ruhestand erhobene Rekurs noch in der Schwebe sei und daß er nur wieder eingestellt werden könne, wenn er seinen Rekurs zurückziehe. Das sei geschehen und nach Erledigung verschiedener Formfragen sei du Paty de Clam als Landwehroffizier wieder eingestellt worden, weil der Kriegsminister Willérand sich nicht für berechtigt gehalten habe, seinen Vorgänger Messimy zu desavouieren.

Kriegsminister Willérand ist also das Opfer geworden der Rache Israels, die sich nicht beschränkt auf die wackeren Patrioten, welche in der Dreyfuß-Affäre ihre Pflicht getan, sondern auch übergreift auf jene, die heute nach beiläufig 10 Jahren sich nicht willenlos in den Dienst dieser alttestamentlichen Verfolgungslust stellen. Was liegt den Juden auch daran, daß in der Not das Vaterland Männer braucht und daß es gezwungen ist, solche zu nehmen, wo es sie findet! Was liegt ihnen am Schicksal Frankreichs, wo Israels „Gloire“ in Betracht kommt! Es wiederholt sich heute im kleinen das unwürdige Schauspiel, das vor einem Duzend Jahren die regierende Judenbande von Rothschilds Gnaden geboten, als Frankreich mit dem Einlaß seiner Erbkönig dafür büßen mußte, daß unbedachte, französische Richter es gewagt hatten, einen Juden, von dessen Schuld sie überzeugt waren, wegen Landes- und Hochverrats genau so zu verurteilen, wie wenn er ein Christ gewesen wäre.

Damals, während stündlich der Kriegsjunke aus Ostafrika nach Europa herüberzünden konnte, hat die Regierung des Oberjuden Waldeck-Rousseau, der nur wieder das ausübende Werkzeug Rothschilds war, in ihrem Uebermut gegen die Gegner Dreyfuß' in einer Weise gehandelt, daß darob jeder ehrliche Soldat, jeder ehrliche Mann einfach angefaßt war. General Galifet, der früher den Juden möglichst entgegengekommen war, bekam diese Schandwirtschafft so faß, daß er in offener Kammerführung voller Berachtung seine Demission als Kriegsminister gab. Der Generalstabschef Delanne trat ebenfalls von seinem Posten zurück, weil der Ministerpräsident Waldeck-Rousseau ganz gefehlt die Verbindung des Generalstabschefes mit dem

Halle.

Was dem Volke verschwiegen wird!

Wer eine Tageszeitung liest, glaubt über alles Wichtige in der Welt unterrichtet zu sein; und doch gibt es gewisse Vorgänge sehr erster Art, gibt es wissenschaftliche Fortschritte und neue soziale Einsichten, die in dem größten Teile der öffentlichen Presse grundtätig totgeschwiegen werden. Warum? Weil sie gewissen herrschenden Klassen, die das öffentliche Leben geradezu bevormunden, unbequem sind. Wer auch das erfahren will,

was man in anderen Blättern nicht erfährt,

der lese die „Halle'sche Reform“, die — unabhängig nach oben und unten — frei von jeder armseligen Parteienbeziehung — überall der Wahrheit, Vernunft und Gerechtigkeit das Wort redet. Viele nennen unbedeutlich die „Reform“

das interessanteste Blatt unserer Zeit,

weil es freimütig alle Schäden und Mißstände aufdeckt.

Der Reform-Verlag
C. Schröder, Halle a. S.

Aufruf an unsere Mitbürger!

Der deutsche Reichel, namentlich in Halle a. S., läßt sich durch die judenliberalen Winfelmaschine in einer Weise tribütartig gegen das Judentum machen, sodaß man daran zweifeln möchte, ob dem Reichel noch einmal die Augen aufgehen werden. Reichel fürchtet sich vor Juda, er fügt sich deren Anweisungen, und so verdammt er immer mehr, er ist bereits charakterlos und denkschlau geworden und Juda triumphiert. Diese Judenmacht hat uns bisher nicht abgehalten, die Juden von der richtigen Seite zu kennzeichnen, und daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden, bestärkt uns die große Anzahl Reformnasser.

Es gibt erfreulicherweise noch Männer, die es wagen, die Wahrheit offen auszusprechen. Wir nennen heute nur den Reichstagsabgeordneten Dr. Werner-Giebel, der in der Sitzung vom 15. Januar er die jüdische Presse beleuchtete und über die vorgelegten Resolutionen der Reichstags-Vgg. ausführte:

Wir ersuchen den Reichstanzler, darauf hinzuwirken, daß die

gewerbliche Schauausstellung von Angehörigen fremder Klassen in Zukunft durchweg verboten werde. Bei der Abstammung über die Mischlinge in unseren Kolonien hat sich innerhalb der nationalliberalen Fraktion ein erfreuliches Verständnis für die Notwendigkeit der Rassenreinheit gezeigt, und ich darf deshalb annehmen, daß sie dieser unserer Resolution zustimmen werden. Wir verlangen weiter, daß durch Gesetz festgelegt wird, daß die Verwendung nichtdeutscher Geschäftsbezeichnungen nur in genügend begründeten Ausnahmefällen gestattet wird. Wir können in der Beziehung sehr viel von den Tirolern lernen, wo sich alle Geschäftsleute bemühen, sich bei ihren Firmenschildern nur der deutschen Sprache zu bedienen. In Rumänien und Italien ist auf die Verwendung einer nicht in



machen und durch recht lautes Geschimpf über Deutschland den französischen „Geburtsadel“ erleben wollen.